

27. Mai 2008

LABOURS ABSTURZ

www.kas.de/london

Als Gordon Brown am 27. Juni 2007 seine erste Rede als neuer britischer Premierminister mit den Worten schloss, „Let the work of change begin“, da war dies der Versuch, sich von seinem Vorgänger Tony Blair abzusetzen, der nach 10 Jahren Regierungszeit Popularität und politische Durchschlagskraft eingebüsst hatte.

Heute, nicht einmal ein Jahr später, bekommt dieser Satz eine völlig neue Bedeutung. Der Wechsel ist in der Tat bereits unübersehbar und hat tiefe Spuren im politischen Leben Grossbritanniens hinterlassen. Er führt weg von Labour und beschert den oppositionellen Konservativen unter David Cameron historische Erfolge, die selbst Optimisten unter ihnen so nicht für möglich gehalten hätten.

Gordon Brown ist zum besten Wahlhelfer geworden, den die Tories je hatten, seit sie von New Labour 1997 in einen Prozess der politischen Erneuerung gezwungen wurden, der bislang drei Parteivorsitzende verschlissen hat und wenig Anlass zur Hoffnung auf die politische Renaissance einer der stolzesten und ältesten Parteien der Welt bot.

Die Unterstützung der Bevölkerung für Labour und Brown ist im freien Fall. Nach den jüngsten Umfragen liegt Labour 14% hinter den Konservativen, das ist das schlechteste Ergebnis seit 1987. Niemals seit Einführung der Umfragen war der Abstand zwischen beiden Parteien grösser, als jetzt.

Nur noch 27% aller Befragten würden heute Labour wählen, am Beginn der Amtszeit von Brown waren es noch 40%.

75% derer, die bei den letzten Wahlen 2005 der Partei ihre Stimme gaben, glauben inzwischen, dass Blair der bessere Premier war.

Im Wettbewerb um die besten Köpfe, Ideen und Konzepte geben die Wähler den Konservativen einen deutlichen Vorsprung

So dominieren die Tories gegenwärtig in nahezu allen Politikfeldern, und selbst auf Gordon Brown's ureigenem Gebiet, Wirtschaft und Finanzen, trauen die Wähler der Opposition mehr zu, als der gegenwärtigen Regierung.

Würden in diesem Monat Wahlen sein, könnten die Konservativen mit einer Mehrheit von 131 Sitzen im Unterhaus rechnen, das ist nahezu doppelt so viel, wie die gegenwärtige Mehrheit von Labour.

Nun wird es vermutlich noch bis 2010 dauern, bis nationale Wahlen zum Parlament stattfinden. Aber da, wo sie es können, machen die Wähler schon heute deutlich, was sie von Labour und Gordon Brown halten.

Wahldebakel

Bei den Teilkommunalwahlen am 1. Mai, als 4500 Mandate in 159 Kommunen zur Entscheidung anstanden, verwiesen sie die Regierungspartei mit demütigenden 24% auf den dritten Platz, noch nach den Liberaldemokraten mit 25% und den Konservativen mit 44%. Besonders spektakulär war das Ergebnis in der britischen Hauptstadt. Auch hier fand eine rücksichtslose Abrechnung mit Labour statt. Die Londoner nahmen dabei sogar in Kauf, mit der Wahl von Boris Johnson einen schillernden Paradiesvogel zum Bürgermeister zu wählen, dessen administrative Erfahrung sich bislang auf die Redaktionsleitung einer Zeitschrift beschränkt.

Historisch kann auch das Ergebnis der Nachwahlen zum Unterhaus genannt werden, die am 22. Mai in Crewe und Nantwich stattfanden. Sie waren durch den Tod einer angesehenen Abgeordneten, Gwyneth Dunwoody, erforderlich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROSSBRITANNIEN

THOMAS BERND STEHLING

27. Mai 2008

www.kas.de/london

geworden, die den Wahlkreis über 34 Jahre lang für Labour gehalten hatte. Die Sympathien für sie – so hofften die Labour Strategen – würden sich auf die Familie übertragen, und so schickten sie Dunwoody's 49-jährige Tochter Tamsin ins Rennen.

Es nützte ebenso wenig wie eine klassenkämpferische Wahlkampagne in diesem Arbeiterbezirk, in der alte Vorurteile gegen die Tories mobilisiert wurden und man selbst vor dem Vorwurf nicht zurückschreckte, die Konservativen seien zu „soft“ gegenüber Ausländern.

Mit einem swing von 17,6% gewann der Tory Kandidat Crewe und Nantwich, die Partei machte aus einem sicheren Labour-Vorsprung von 7078 Stimmen eine konservative Mehrheit von 7860 Stimmen. Dieses Ergebnis ist nur möglich geworden, weil erstmals wieder Arbeiter, „blue-collar-worker“, in nennenswerter Zahl den Weg zu den Tories gefunden haben. Darunter waren viele, die sich geschworen hatten, nie wieder die Partei zu unterstützen, die mit Margaret Thatcher für die Privatisierung von Eisenbahnwerkstätten verantwortlich gemacht wurde, in deren Folge Hunderte von Arbeitsplätzen in Crewe verloren gingen.

Jetzt stimmten sie nicht nur für die Konservativen, sondern auch noch für einen Kandidaten, der Millionär ist.

Die Zeit ist vorbei, dass sich Labour auf die Anti-Tory-Gefühle grosser Teile der Wählerschaft verlassen konnte.

Dies allein ist bereits bemerkenswert. Aber dieser Sieg erhält zusätzliche Bedeutung, weil es der erste Erfolg der Konservativen über Labour bei einer Nachwahl seit 30 Jahren ist. 1978 gewannen sie Ilford North, und es war der Vorbote des Endes von James Callaghan und der Beginn der Thatcher Ära.

Kann Brown im Amt bleiben ?

Schon gibt es erste Stimmen von Abgeordneten des Unterhauses und des Oberhauses, die Brown als Regierungschef und Vorsitzenden von Labour in Frage stellen. „Improve or move“, fordert ein Lord kraftvoll, weiss aber auch nicht so genau, ob beide Elemente seiner Forderung hinlänglich realistisch sind. Auch die kritischen Äusserungen

einzelner Hinterbänkler aus dem Unterhaus bedeuten noch keine Gefahr für Brown. Der Königsmord ist die Domäne der Konservativen, bei Labour geht es weniger rasch und weniger brutal zu.

20%, gegenwärtig also 72 Abgeordnete, müssen ein Verfahren beantragen, an dessen Ende ein Labour-Sonderparteitag einen neuen „Leader“ wählt, wollte man den Wechsel erzwingen. Für einen „freiwilligen“ Rückzug Brown's gibt es derzeit keine ausreichenden Anzeichen.

In den gleichwohl stattfindenden, zur Zeit naturgemäss noch eher theoretischen Strategiedebatten über einen Wechsel, geht es um Zeitpunkt und mögliche Kandidaten. Vieles spricht dafür, Gordon Brown jetzt noch im Amt zu lassen. Bei Labour setzt man Hoffnungen darauf, dass spätestens bei der Vorbereitung der Europawahlen die gegenwärtig bemerkenswerte Geschlossenheit der Tories bricht, und die alten Konflikte und Wunden um den richtigen Kurs zu Europa wieder aufreissen.

Sollten die Tories gleichwohl ihren Siegeszug bis zum Wahltag im Juni 2009 fortsetzen, könnte ein Führungswechsel bei Labour danach stattfinden. Für diesen Zeitpunkt sprechen auch Überlegungen mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Grossbritannien. Da gegenwärtig wenig darauf hindeutet, dass sich die Lage verbessert, müsste ein heute berufener neuer Regierungschef bei den Unterhauswahlen in zwei Jahren konkrete Ergebnisse vorweisen können. Kommt er aber erst Mitte 2009 ins Amt, wird er in den verbleibenden Monaten Hoffnungen für einen Umschwung auslösen können, ohne sich am Wahltag schon an ihrer Realisierung messen lassen zu müssen.

Zur Strategiefrage gehört auch die geeignete Persönlichkeit. Will Labour die Erneuerung symbolisieren und den Wählern eine Mischung aus Jugendlichkeit und Erfahrung anbieten, kommen dafür der gegenwärtige Aussenminister David Miliband in Betracht, der im Juli 43 Jahre alt wird, ein „Blairite“, der sein Amt wohl auch dem Umstand zu verdanken hat, dass er nicht der Aufforderung der Anhänger Blair's gefolgt ist, gegen Brown anzutreten. James Purnell, seit Januar Arbeitsminister, davor Minister für Kultur, Medien und Sport und früher einmal Planungschef der BBC, könnte mit seinen 38

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROSSBRITANNIEN

THOMAS BERND STEHLING

27. Mai 2008

www.kas.de/london

Jahren dem jungen Tory-Vorsitzenden dessen Altersvorsprung streitig machen.

Entscheidet sich Labour für eine Strategie, die in turbulenten Zeiten auf Erfahrung, Sicherheit und Kalkulierbarkeit setzt, also „a safe pair of hands“, stünden dafür der frühere Aussenminister und jetzige Justizminister Jack Straw oder Gesundheitsminister Alan Johnson.

Noch aber hofft wohl eine grosse Mehrheit der Labour-Anhänger, dass Gordon Brown selbst noch einmal das Ruder herumreissen kann.

Browns Persönlichkeit

Niemand bestreitet dem Premier Erfahrung, Fleiss, Intellekt oder Ambition für die Aufgabe. Aber die Frage nach seiner Führungskraft, seinem Charisma und seiner Integrationsfähigkeit wird gestellt werden. Wer ihm das abspricht, wird nicht noch ein Jahr warten können, weil dies Eigenschaften sind, die sich nur noch schwer ändern lassen.

Die Zweifel an seiner Eignung für das höchste Regierungsamt waren bekannt und führten zu den Konflikten, die heute bereits in jenen Büchern beschrieben werden, deren Autoren sie schnell schreiben mussten, weil sie zu Recht zu befürchten haben, dass das Interesse daran und die Erinnerung an sie bei breiten Käuferschichten rasch verblassen werden. Cherie Blair gehört dazu, die offenbar niemand vor der peinlichen Verbreitung von privaten Details wie den Nutzungsgewohnheiten ihrer Verhütungsmittel zu schützen verstand. John Prescott, einstmals mächtiger zweiter Mann nach Blair, lässt uns an seinen Essgewohnheiten Anteil nehmen und beschreibt seinen Kampf gegen Bulimie. Und Lord Levy, erfolgreichster Spendensammler unter Blair und sein Sondergesandter im Nahen Osten, verrät, dass er den früheren Premier einst vor ausgedehnten Massagen durch eine stadtbekannt Modeberaterin warnen musste.

Was alle Autoren aber jenseits dieser Peinlichkeiten über Brown zu sagen haben, befördert ein Bild von ihm, das zu korrigieren schwer sein dürfte.

„Annoying and prickly“ nennt ihn Prescott, misstrauisch geworden und verschlossen, auch in dem langen Kampf um 10 Downing Street. Und

Levy beschreibt, dass er, schliesslich am Ziel seiner Hoffnungen und Ambitionen angekommen, dort wie ein kleines Kind auf und absprang, lachte und rief: „I really did it. Can you believe it? I'm Prime Minister, I'm Prime Minister! I'm Prime Minister!“

Brown wird nachgesagt, er habe nur wenig Freunde, sei verbissen in Arbeit, rechthaberisch und unbeherrscht. Er verrenne sich im Detail und verliere die Fähigkeit, die grosse Linie aufzuzeigen und Menschen dafür zu gewinnen.

Sein Arbeitstag endet häufig erst in den frühen Morgenstunden, und so sieht Brown dann auch aus. Müde, grau, oft geradezu kraftlos. Er erhält öffentlich den Ratschlag, doch mal Urlaub zu machen.

Das Hin und Her in Sachfragen

Seine Wähler haben ihn als Kontrastprogramm zu Tony Blair willkommen geheissen. Sein Auftakt im Herbst 2007 sah ihn schnell an der Spitze der Popularität und die Tories erstmals wieder auf der Verliererstrasse. Die versuchten Terroranschläge in Glasgow und London und die Flutkatastrophe halfen, ihn als kompetenten, überlegt und verantwortungsvoll handelnden Regierungschef zu erleben.

Im Hochgefühl der Zustimmungsraten liess er den Eindruck verbreiten, er plane noch für Ende 2007 vorgezogene Neuwahlen, um danach mit einem neuen Mandat die Veränderungen durchzuführen, die ihm wichtig erscheinen.

Öffentlichkeit und Parteiapparate wurden auf eine beginnende Wahlkampagne eingestellt und immer neue Umfragen zur Ermittlung der Wählerneigungen in Auftrag gegeben. Doch dann verliess Brown die Courage. Im Gespräch mit einem einzelnen Journalisten teilte er mit, es werde weder 2007 noch 2008 vorgezogene Neuwahlen geben. Die Medien schäumten, weil er eine Mitteilung dieser Bedeutung exklusiv und nicht in einer für alle zugänglichen Pressekonferenz gemacht hat, und in der Öffentlichkeit verbreitete sich schnell das Bild eines Regierungschefs, der zaudert, wenn er zupacken müsste, der unsicher ist, wenn Führung verlangt wird, und der einsame Entscheidungen trifft, wenn breite Abstimmung und Kommunikation

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROSSBRITANNIEN

THOMAS BERND STEHLING

27. Mai 2008

www.kas.de/london

als Voraussetzung für Verständnis und Unterstützung gebraucht werden.

Unverständlich war auch sein Verhalten zum Europäischen Reformvertrag. Sein Vorgänger Blair hatte zum ersten Verfassungsvertrag, der dann in Frankreich und den Niederlanden scheiterte, ein Referendum zugesagt. Die Einlösung dieser Zusage forderten nun auch unisono die konservative Opposition und die europakritischen Medien. Brown liess sich immer weiter in die Enge treiben. Anstatt schlicht zu sagen, die Zusage eines Referendums durch Blair sei ein Fehler gewesen, den er nicht wiederholen wolle, liess er sich auf umständliche Textvergleiche des alten Verfassungsentwurfes und des neuen ein. Sie sollten belegen, dass der neue Entwurf so sehr vom alten abweiche, dass er von der Zusage eines Referendums nicht erfasst werde.

Diese Vertragsexegese interessierte in der Öffentlichkeit kaum jemanden. Am wenigsten war sie geeignet, dem Vorwurf des Wortbruchs wirksam zu begegnen.

Seinen Höhepunkt fand die Unentschlossenheit Brown's schliesslich bei der feierlichen Unterzeichnung des Reformvertrages durch die europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon. Der britische Premier blieb der offiziellen Zeremonie – angeblich aus Termingründen - fern und unterzeichnete das Dokument Stunden später alleine. Gegner wie Befürworter des Vertrages haben ihm dafür gleichermassen den Respekt versagt.

Mit dem Zusammenbruch der Northern Rock-Bank und den Ausläufern der US-Banken- und Finanzkrise zogen Probleme auf, die den Kernbereich der Kompetenz des ehemaligen Schatzkanzlers Gordon Brown erfassten. Lange Menschenschlangen vor den Bankfilialen zeigten nicht nur einen dramatischen Vertrauensverlust in die betroffene Bank sondern auch in das System insgesamt, die Schutzfunktion des Staates, die Mechanismen von Bankenaufsicht und -kontrolle.

Erneut reagierte Downing Street unentschlossen und spät. Als schliesslich eine staatliche Garantie auf alle Einlagen abgegeben wurde, war Northern Rock bereits kaum noch zu retten. In der Folge scheiterte die Übernahme durch private Investoren, heute ist Northern Rock verstaatlicht.

Zu einem regelrechten Desaster wurde in diesen Wochen Brown's Steuerpolitik. Obwohl gerade die unteren Einkommensgruppen, traditionell eine wichtige Klientel von Labour, unter den Preissteigerungen bei Benzin, Heizkosten und Lebensmitteln sowie den Hypothekenzinsen zu leiden haben, bestand Brown mit einer bemerkenswerten Mischung aus Sturheit und politischer Instinkttlosigkeit auf einer von ihm noch als Schatzkanzler im letzten Jahr angekündigten Erhöhung des Mindeststeuersatzes von 10% auf 20%. Das Wahlverhalten vieler Bürger hat hierin eine Ursache.

Erst nach Androhung einer Revolte in der Fraktion machten Brown und sein Schatzkanzler Darling eine historisch einmalige Kehrtwende. Eilig und ausserhalb der üblichen Haushaltsberatungen wurde ein 2.7 Milliarden Pfund teures, kreditfinanziertes Entlastungspaket geschnürt, das die Folgen der Steuererhöhung ausgleichen soll.

Kopflösigkeit und Panik bestimmen auch andere steuerpolitische Entscheidungen der britischen Regierung. Dies gilt für Rückzieher bei der Kapitalertragssteuer und der Besteuerung von sogenannten Non-Doms, also in England lebenden Ausländern, die bislang nur ihre inländischen Einkünfte versteuern müssen, ebenso wie für die erwartete Rücknahme der Erhöhung der Steuern auf Benzin und Diesel sowie bei der Körperschaftssteuer.

Das Hin und Her führt bereits zur Abwanderung von bislang in London steuerlich geführten Firmen oder Einzelpersonen in die Schweiz oder nach Monaco und Spanien.

Der Schaden für das Ansehen des Premiers ist da und erfasst nun auch seine Reputation als Garant für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum. So rechnet der „Daily Express“ vor, unter Brown als Schatzkanzler sei die steuerliche Belastung einer Familie um 51% erhöht worden. Er habe aber in wirtschaftlich guten Zeiten nicht Vorsorge getroffen für eine Phase der Abschwächung, die heute ganz unstreitig das Land erfasst. Die „Daily Mail“ errechnet die Inflation bei Lebensmittelpreisen mit 19%, die Bank von England sagt ein Absinken des Wirtschaftswachstum von 3,3% in 2007 auf 1,5% voraus, und für den so wichtigen Immobilienmarkt wird ein Verfall bei den Hauspreisen von 7% erwartet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROSSBRITANNIEN

THOMAS BERND STEHLING

27. Mai 2008

www.kas.de/london

Erstmals seit Jahren wird ein Anstieg der Arbeitslosigkeit berichtet, viele ausländische Arbeiter verlassen bereits Grossbritannien und gehen zurück in ihre Heimatländer.

Brown weiss, dass die Entwicklung der Wirtschaft auch über seine Zukunft als Premierminister entscheiden wird. Es sieht gegenwärtig nicht danach aus, dass er dafür eine klare Strategie hat. Viele der Ankündigungen und Absichtserklärungen dienen zunächst einmal der Beseitigung von Problemen, die die Labour Regierung in zehn Jahren Amtszeit selbst geschaffen hat.

Spätestens mit der traditionellen Thron-Rede der Königin im November wird er eine überzeugende Konzeption für die Zukunft Grossbritanniens vorlegen müssen, die verloren gegangenes Vertrauen in ihn und seine Partei zurückgewinnen kann.